



KORRUPTION



Zeitung der Sozialistischen Linkspartei ★ Nr. 132 September 2003 ★ Preis: EUR 0.80

Gemeinsam gegen Sozialraub kämpfen!

Aufgrund fortgesetzten Sozialraubs sowie Angriffen auf Löhne und Arbeitsplätze, dürfte ein „Heißer Herbst“ bevorstehen. Tatsächlich hat er mit Streikdrohungen (Voest, Postbus, ÖBB) und Streiks (AUA) im August bereits begonnen. Die wirtschaftliche Krise zwingt Regierung und Unternehmen, den Lebensstandard von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen noch weiter anzugreifen. Welchen Ausblick haben wir, diesen Angriff zu stoppen? Welche Angriffe erwarten uns im Herbst? Der sogenannte „Sozialexperte“ Bernd Marin ist eine Marionette der Regierung. Er forderte kürzlich die Besteuerung der Pensionen. Der bisherige Pensionsraub sei noch lang nicht genug.

VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP-BUNDESLEITUNG

Dasselbe ließ uns Schlüssel schon Ende Juni wissen. Da rächt sich der Kapitulations-Kurs der ÖGB-Führung. Die Abwehrstreiks hätten fortgesetzt und ausgeweitet werden müssen! Die Argumente für eine Besteuerung der Pensionen sind zynisch: Die „Presse“ meint, da ja die Jüngeren nun nach der „Pensionsreform“ ein Viertel weniger Pension kriegen, müssen auch die Älteren nachziehen. Eine Verschlechterung nach der anderen wird aus vorangegangenen Kürzungen abgeleitet. Jung und Alt gegeneinander ausgespielt.

REGIERUNG MACHT KRANK

ÖVP-Ministerin Rauch-Kallat will auch im Gesundheitsbereich einen Generalangriff durchziehen. Der Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben soll bis 2010 auf 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eingefroren werden. Selbst der Ärztekammerpräsident bezeichnete die Angriffe Rauch-Kallats als „offensichtliche Patientenfeindlichkeit“. Der Fortschritt in der Medizin und Erfordernisse aufgrund steigender Lebenserwartung sollen bewusst nicht mehr von der öffentlichen Hand finanziert werden.

Der Rechnungshof legte kürzlich Skandale rund um die Unternehmen aus dem Einflussbereich des Finanz- und des Infrastrukturministeriums offen. Bei der politischen Umföhrung der Föhrung der staatsnahen Betriebe wurden Unsummen verschwendet. Es gab auch den Skandal um Voest-Chef Franz Struzl. Einen Tag, bevor er massiv VAE-Aktien gekauft hat, informierte er den Aufsichtsrat von einem Übernahmeangebot der Voest für die VAE. Ein solcher „Insiderhandel“ kann mit bis zu

zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Aber solche Gestalten können es sich richten. Die Staatsanwaltschaft unterbreitete ein nettes Angebot: er solle ein paar Tausend Euro locker machen, dafür sei die Sache dann garantiert vom Tisch. Mittlerweile hat Struzl zumindest seinen Rücktritt angekündigt. Der Chef des Aufsichtsrats und Sozialdemokrat Streicher, dürfte übrigens von Struzls Aktivitäten gewusst haben. Die Verschleierung solcher Straftaten ist ebenfalls strafbar. Dazu Streicher trocken: „Glauben Sie mir, ich bin kein Anfänger.“ Er würde es sich ja auch leisten können. Es gilt die Vermutung, dass solche und ähnliche Unregelmäßigkeiten in Österreich gang und gäbe sind. Wie absurd sind hier die Angriffe gegen die vermeintlich „Privilegierten“ Beschäftigten in (ehemaligen) Staatsbetrieben.

STREIK BEI VOEST UND ÖBB?

Die Voest erwartet weiterhin die Vollprivatisierung, mit negativen Konsequenzen. Zigtausend Arbeitsplätze wurden in der ehemals Verstaatlichten bereits vernichtet. Ein Streik bei der Voest gegen die Privatisierung könnte große Auswirkungen auf andere Bereiche haben. Verständnis und Zustimmung zu solchen Kampfmaßnahmen wird unter den meisten ArbeitnehmerInnen groß sein. Wir werden solche Aktionen aktiv unterstützen. Bei den Bundesbahnen sprach Staatssekretär Helmut Kukacka (ÖVP) davon, „überflüssige ÖBB-Mitarbeiter per Frühpension abzubauen“. Der Plan umfasst den Kahlschlag von 12.000 Arbeitsplätzen sowie unverhohlenen Vertragsbruch. Die Regierung schafft eine neue ÖBB-Holding. Als erstes sollen die „nicht betriebsnotwendigen ÖBB-Immobilien“ verscherbelt

werden. Mittelfristig soll das Eigentum der ÖBB-Holding nicht mehr in der Hand des Bundes liegen. Angestrebt wird auch die Zusammenlegung zu einer Holding mit der Staatsbeteiligung an der AUA. Kukacka will EisenbahnerInnen mittels Leiharbeitsfirma bestmöglich ausbeuten.

ÖBB, TELEKOM, POST, POSTBUS

In all diesen Bereichen droht massiver Jobabbau, bzw. er findet statt. Vor allem in der Vergangenheit wurde dieser Kahlschlag mittels Frühpensionierungen durchgezogen. Heute wird verstärkt ‚aktiver Stellenabbau‘ betrieben, auch mittels Psychoterror. Genau jene KollegInnen sind sodann der Hetze von Regierung und Medien ausgesetzt, sie seine „Schmarotzer“. Das ist eine Doppelstrategie von Unternehmen, Staat und Regierung - die zwei Mülhsteine, zwischen denen ArbeitnehmerInnen zermalm werden sollen. Die Regierung zwingt alle, länger für weniger zu arbeiten. Gleichzeitig werden 35-40 Jährige aus dem Betrieb gemobbt und arbeitslos. Ein Ziel ist die völlige Auflösung bisheriger Arbeitsschutzbestimmungen. Der Abbau der Pragmatisierung im Öffentlichen Dienst war ein wesentlicher Schritt für die jetzigen Angriffe. Jetzt soll es weiter gehen, bis alle ArbeitnehmerInnen Freiwild am „freien Markt“ sind. Doch die Eisenbahnen zum Beispiel bräuchten mehr Personal, nicht weniger. Das merkt jeder, der/die regelmäßig in überfüllten Zügen sitzt, wenn die Klimaanlage wieder ausfällt u.s.w.. Doch die Topmanager, „Wirtschaftsexperten“ und RegierungspolitikerInnen fahren nicht Bahn.

PRIVATISIERUNGEN

Die internationale Privatisie-

rungs-Offensive wird durch das Abkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) geregelt. Die Welthandelsorganisation (WTO) einigte sich 2001, den Dienstleistungssektor (ca. ein Fünftel des gesamten Welthandels) völlig auszuverkaufen. Seit 1995 ist das GATS im Einsatz. Bildungs-, Energie-, Umwelt-, Telekom- und Finanzdienstleistungen sollen privatisiert werden. Der Stromausfall in den USA und Kanada ist das Ergebnis von Privatisierung und Deregulation des Energiesektors. Nun wird von Seiten der Privatisierer argumentiert, das Ganze müsse halt „richtig gemacht“ werden. Wir meinen: Privatisierung bedeutet immer Verschlechterungen für Beschäftigte und KundInnen. Da es in nahezu allen Wirtschaftsbereichen Überkapazitäten und Überproduktion gibt, werden zusätzlich durch Privatisierungen (sowie im Falle von Unternehmensfusionen und Aufkäufen) Kapazitäten stillgelegt. Das vernichtet Arbeitsplätze, die für die Gesellschaft sinnvoll eingesetzt werden könnten. Nur daran ist die kapitalistische Profitwirtschaft nicht interessiert.

SOZIALPARTNERSCHAFT IST TOT

Die Sozialpartnerschaft gehört offensichtlich der Vergangenheit an. Für Unternehmer und Regierung ist sie nicht mehr sinnvoll. Darum ist es nötig, auch die Gewerkschaftspolitik grundlegend umzugestalten: keine Illusion mehr in eine angeblich „vernünftige Zusammenarbeit“ mit Wirtschaftskammer und Regierung, sondern konsequente Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und jene, die arbeitslos sind bzw. werden. Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl meint, angesprochen auf die Streiks von Mai und Juni: „Ich hoffe, die Beteiligten haben aus dem letzten halben Jahr gelernt.“ Was will Leitl damit? Teile der Regierung und Unternehmensführung wollen führende ÖGB-Funktionäre „einbinden“ und sicherstellen, dass die Gewerkschaften den Kampf gegen deren



Angriffe nicht führen bzw. ihn zu bremsen versuchen. Das hat aber nichts mehr mit der vergangenen „Sozialpartnerschaft“ zu tun! Um eine Wiederholung der Niederlage wie im Pensionskampf zu vermeiden, braucht es daher bewusste Anstrengungen von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern, die Gewerkschaften zu verändern; hin zu kämpferischen und wirklich demokratischen Organisationen. Um all diese Angriffe zu stoppen, sind entschlossener Maßnahmen, nötigenfalls bis zum Generalstreik, gerechtfertigt. Der ÖGB-Kongress im Oktober bietet sich an, kämpferische KollegInnen (auch Sie!?) zur Planung der anstehenden Aktivitäten und weiterführenden Gespräche zusammenzubringen.

NEUE ARBEITERINNENPARTEI

SPÖ und Grüne bieten offensichtlich keine Alternative an; Der Grüne Spitzenpolitiker Wabl träumt mittlerweile sogar von einer Zusammenarbeit seiner Partei mit Haider und der FPÖ! SP-Gu-

senbauer zeigt neoliberale Offenherzigkeit in einem Interview der „Wiener Zeitung“ Mitte August: Er sprach sich für eine Abkehr vom „derzeitigen System sozialer Transferleistungen“ aus. Der Staat solle sich vielmehr darauf konzentrieren, den Menschen „hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen“. Schüllers Horrorkabinett setzt diese Pläne (leider gerade in die Tat um. Auch in der Auseinandersetzung um die Pensionen präsentierte die SPÖ ein Konzept, dass länger Arbeiten und deutlich geschrumpfte Pensionen bedeutete. Eine Alternative war das nicht!

Angesichts dieses Parteienspektrums ist der Neuaufbau einer Partei für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche nötig. Ein heißer Herbst mit weitreichenden Protesten und Streiks könnte einen Ansatz dafür schaffen. Ebenso wächst die Suche nach einem Ausweg und damit die Chance für eine sozialistische Alternative.

In dieser Ausgabe - Seiten 4/5: Lehren für die Gewerkschaftsbewegung

Infos über Aktionen und SLP-News laufend neu auf www.slp.at

Der Standpunkt



Seit einigen Jahren gehört es fast schon wie das Amen zum Gebet. Die Rede ist von den ewigen Vertröstungen der Gewerkschaftsspitze nach einem neuerlichem faulen Kompromiss, Klein begeben oder dem „zurück zum Verhandlungstisch“.

Wo bleiben die höheren Lohnabschlüsse?

Von Albert Kropf

Schlüssel & CO. Wie Vieles andere auch von Verzetnitsch, Haberzettl, Nürnberger blieben diese Ankündigungen heisse Luft. Nichts war es mit den höheren Abschlüssen bei den Lohnverhandlungen der letzten Jahre.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktions: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaisersplatz 14/11.

Gusenbauers Kuschelkurs zur FPÖ:

Wo bleibt die SPÖ Linke?

Dass die SPÖ keine linke Politik betreibt hat schon ihre Regierungszeit bewiesen. Erinnert sei nur an die Zerschlagung der Verstaatlichtung, die restriktive Asylpolitik (inklusive der Ermordung Marcus Omofumas, die ohne Konsequenzen blieb) und an zahlreiche Sparpakete.

VON JAKOB ROSENBERG, SLP- MARGARETEN

Einen neuen Tiefpunkt in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie konnte das Team rund um Gusenbauer bei der Debatte um die „Pensionsreform“ und den damit verbundenen schärfsten sozialen Auseinandersetzungen seit den 50ern setzen.

die SPÖ zu diesem Zeitpunkt allerdings richtig erkannt, nämlich dass es um die Regierung Schlüssel nicht sehr gut steht. Daher wurde nach einem Rezept gesucht, um die Regierung zu stürzen, Neuwahlen zu veranstalten, diese zu gewinnen und wieder an die Macht zu gelangen.

„SPARGELLESSEN“ STATT KLASSENKAMPF!

Eine neue Bündnispartnerin musste her- anhand der Streikbewegung könnte man/frau meinen, die SPÖ würde sie in der Gewerkschaft suchen- aber nein die SPÖ wollte lieber den populistischen „Rebellenflügel“ der FPÖ um Jörg Haider aus der politischen Bedeutungslosigkeit holen. Die Ge-

sprache zwischen Gusenbauer und Haider mögen unterhaltsam gewesen sein, die „Pensionsreform“ wurde dadurch aber nicht verhindert, alle FPÖ- MandatarInnen haben für die Regierungsvorlage gestimmt. Ganz mitbekommen dürfte die SPÖ Spitze das aber nicht haben.

Anhand dieser Situation wurde die Lage der verbliebenen Linken in der SPÖ weiter erschwert. Es gibt zweifellos Personen wie Caspar Einem, die einerseits gegen eine Zusammenarbeit mit der FPÖ wettern aber sich andererseits für „sinnvolle“ Privatisierungen aussprechen. Manche GenossInnen innerhalb der SPÖ sind sicherlich kampfbereit und arbeiten an einer Strategie zur Überwindung des Rechtsrucks in der SPÖ.



Dicke Freunde: Gusenbauer und die FPÖ!

wenn es sie gäbe, der Punkt an dem klar wurde, dass es in der SPÖ kein Zurück zu einer Partei der ArbeiterInnen mehr gibt, ist längst überschritten.

WER VERBLEIBT IN DER SPÖ?

Klassenbewusste und kampfbereite ArbeiterInnen haben das längst erkannt und orientieren daher auch nicht mehr auf die SPÖ. Deshalb muss der Aufbau einer starken internen SP Opposition scheitern. Das ist aus mehreren Gründen bedauerlich, einerseits verschwenden viele Linke

ihre Kraft für Sisypusarbeit und andererseits würde der österreichische Klassenkampf eine starke Partei der ArbeiterInnenklasse dringend benötigen. Daher wäre der effektivere Schritt, die SPÖ zu verlassen, sich von den „Altlasten“ zu trennen und an dem Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei mitzuwirken. Die SLP würde einen solchen Schritt begrüßen und den Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen, Jugendliche, Frauen und Arbeitslose unterstützen.

Oberösterreich Wahlen: Was tun am 28. September?

Alternative zu etablierten Parteien aufbauen!

Der Landtagswahlkampf in Oberösterreich ist ein Scheingefecht zwischen den etablierten Parteien. Zwei Wochen vor der Wahl kündigt SP-Landesrat Ackerl an, dass ÖVP und SPÖ nachher wieder ein Regierungsabkommen schließen werden (ÖÖN vom 18.08.).

VON FRANZ BREIER JUN. UND GÜNTER MÖRTENBÖCK, SLP-LINZ

Die Behauptung Ackerls, „Die großen Parteien sind ja zur Zusammenarbeit verurteilt. Die Menschen erwarten das.“ ist mehr als gewagt. Die Umfrageentwicklungen der letzten Jahre gehen geradewegs in die andere Richtung: die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien steigt; der Wunsch nach einer grundsätzlichen Alternative (wir sagen: neue ArbeiterInnenpartei ist nötig) ebenso.

ABSAGE AN REGIERUNG, ABER WIE?

Wir können sehr gut verstehen, dass viele ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose bei der Landtagswahl Schwarzblau eine klare Absage erteilen wollen. Nur sehen immer mehr die Wahl der SPÖ nicht unbedingt als eine solche Absage. Die SPÖ wird wohl zulegen, wenn gleich der Zugewinn sich durchaus in Grenzen halten könnte, da sich ÖVP-Landeshauptmann Pühringer, selbst durch und durch neoliberal, öfters „regierungskritisch“ gibt.

Privatisierung durch die SPÖ 1987, sowie die Zustimmung führender SPÖ-Politiker zu den letzten Budgets sowie dem grundsätzlichen Bekenntnis, weiter privatisieren zu wollen. All das lässt unter Teilen der ArbeitnehmerInnen Skepsis gegenüber der SPÖ wachsen. Völlig zurecht.

VORGEGAUKELTER WIDERSTAND GEGEN DEN VOEST-VERKAUF

Die SPÖ gibt sich aufgrund der Massenproteste der letzten Monate während des Wahlkampfes relativ links. SPÖ-Chef Erich Haider poltert im „Standard“-Interview vom 16.8., dass es „einen klaren Landtagsbeschluss gegen den Voest-Verkauf“ gäbe. Doch es geht der SPÖ lediglich um den Zeitpunkt des Verkaufs. Das macht E. Haider im folgenden Satz deutlich: „Zwei Milliarden Euro werden jetzt investiert. In zwei bis drei Jahren ist die Voest das Doppelte des jetzigen Verkaufspreises wert.“

österreichischen Weg zu gehen. Das heißt, die Voest wird an eine Gruppe oberösterreichischer Kapitalisten (Raika-Scharinger) verhöckert. Für die Voestler ist das egal. Jede Privatisierung ist negativ für die Beschäftigten! Nach der Wahl werden die Voestler wieder von der SPÖ, noch von den restlichen 3 Parteien Unterstützung bekommen.

DIE SLP TRITT DIESE MAL NOCH NICHT AN

Leider ist die SLP dieses Jahr noch zu schwach, um in Linz bzw. ÖÖ anzutreten. Auch wenn wir am 28. September nicht antre-

in der Zukunft kaum für breitere Schichten interessant machen.

WAS WÄRE DER RICHTIGE WAHLKAMPF?

Die Bedeutung Oberösterreichs sah man im Kampf gegen den Pensionsraub; vor allem beim Streik am 3. Juni und durch den geplanten vollständigen Ausverkauf der Voest. Daneben ist Oberösterreich auch eines der Zentren der Eisenbahn. Die Generaloffensive gegen die ÖBB-Beschäftigten (-12.000 Jobs, geplanter Gesetzesbruch bezüglich Arbeitsrecht) muss mit Maßnahmen bis hin zum Streik beant-

gegen Ausverkauf, Jobabbau und Lohnraub darstellen. Das wäre der richtige Wahlkampf!

NEUE ARBEITERINNENPARTEI

Ein solcher „Wahlkampf“ wird derzeit nicht geführt, da es keine Massenpartei für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche gibt. Die SLP unterstützt jeden Schritt in diese Richtung aktiv und versucht, mit der Organisation einer fraktionsübergreifenden Konferenz von BetriebsrätInnen, Gewerkschaftsmitgliedern und AktivistInnen der Sozialbewegungen im Vorfeld des ÖGB-Kongresses in Wien eine Grundlage für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB aufzubauen. Die Niederlage im Kampf um den Pensionsraub war vermeidbar, hätte der ÖGB eine antikapitalistische Alternative geboten und sich nicht der Propaganda des „Sparens“ gebeugt. Gibt es in Zukunft keinen organisierten Widerstand von unten, werden Niederlagen bei Voest, ÖBB, Post und in anderen Bereichen folgen. Das würde Schwarz-Blau helfen, sich zu festigen. Die SLP lädt alle Interessierten in Oberösterreich und anderen Bundesländern auf, aktiv am Aufbau einer sozialistischen Alternative mitzuwirken, auch um bei den nächsten Wahlen in Oberösterreich antreten zu können.

Um mehr über unser Programm zu erfahren; bestellen Sie die neuerschlossene Broschüre:

„Eine andere Welt ist nötig - Eine sozialistische Welt ist möglich. Das Programm der SLP“

Die Demo in Linz anlässlich der Streiks gegen den Pensionsraub der Regierung.



ten, werden wir vor und nach der Wahl Protestaktionen der Voestler unterstützen. Um bei den Wahlen zumindest ein Zeichen gegen die etablierte Politik zu setzen, ist es verständlich, wenn man/frau der KPÖ die Stimme gibt. Damit wird zumindest ein Signal links der etablierten Parteien gesetzt. Die bisherige Politik und die Vergangenheit der KPÖ wird sie in ÖÖ jedoch auch

wortet werden. Hinzu kommt der Arbeitskampf bei den Austrian Airlines (Flughafen Linz-Hörsching). Bei der Post wird versucht, MitarbeiterInnen rauszudrängen. Im Frühjahr waren besonders LehrerInnen gegen Kürzungen aktiv. Gemeinsame Aktionen all dieser Bereiche könnten die kämpferische Stimmung vom Juni 2003 wieder aufnehmen und tatsächlich die beste Garantie

AUA Streik ausweiten und verknüpfen!

AUA: Das tut Regierung und Management weh!

Der Konflikt bei der AUA schwelt bereits seit Monaten. Schon im Jänner bereitete sich das Bordpersonal auf einen offenen Konflikt vor. Die Ergreifung von Streikmaßnahmen stand nun an. Donnerstags, 14.8., wurde der erste 2h-Streik durchgeführt. Der konkrete Angriff des Managements: Pilotenkosten sollen um 35 % bis 2008 gesenkt werden. Überdies gab es skandalöse Kündigungs-Drohungen gegen langgediente KollegInnen. Über 600 haben sich am Streik in Schwechat beteiligt. Eine Handvoll stimmte zuvor gegen den Streik. Es gab nicht den leisesten Hauch von Streikbruch.

VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN-MITTE

Der ÖGB musste aufgrund des Drucks von unten mit zwei Streiktage auf den Pensionsraub reagieren. Hunderttausende Menschen waren daran beteiligt. Daher wird es unterm Strich mehr

doch der Überzeugung, dass in diesem Fall letztlich ein Vollstreik unvermeidbar sein wird, um das AUA-Management in die Knie zu zwingen. Natürlich ist es eine Frage der Taktik, wann man/frau wie stark in die Offensive geht und wann einen Schritt zurück setzt. Es muss in Öster-

reich trägt das Management. Das muss klargemacht werden.

WO BLEIBT DER ÖGB?

Es ist ein Skandal, dass sich die ÖGB-Führung noch nicht unterstützend für das Bordpersonal in der Öffentlichkeit engagiert hat! Wir fordern den ÖGB auf, aktiv Unterstützung zu organisieren und seine weitreichenden Publikationen bereitzustellen, der Medien-Offensive entgegenzuwirken!

INTERNATIONALE BEDEUTUNG

Es sind bereits Solidaritäts-Botschaften eingegangen. Unter anderem auch von Mitgliedern der

britischen Schwesterorganisation der SLP, Chris McNulty, Betriebsrat am Heathrow airport London und Ralph Parkinson (Bundesvorstandsmitglied von UNISON, der größten Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes). Sie werden, genauso wie Beschäftigte in anderen Ländern, den Verlauf des AUA-Kampfes verfolgen. Denn er hat auch für sie und ihre Situation Bedeutung! In diesem von Natur aus intensiv international vernetzten Bereich des Flugverkehrs ist früher oder später aktive Streikunterstützung durch KollegInnen anderer Fluglinien nötig, um dem Gegeneinanderauspielen der Belegschaften entgegenzuwirken. Der Preiskampf im Flugsektor und die vorhandenen Überkapazitäten dürfen nicht zulasten der Beschäftigten gehen!

PIONIERARBEIT

Das Bord-Personal der AUA leistet, ebenso wie viele LehrerInnen und Postbus-Beschäftigten der letzten Jahre Pionierarbeit. Aufgrund der Tatsache, dass vor allem PilotInnen viel zu verlieren haben, ergibt sich eine große Verantwortung: eine gemeinsame Strategie mit anderen Bereichen zu entwickeln, und den Arbeitskampf in der Auseinandersetzung um die „öffentliche Meinung“ mit dem allgemeinen Sozial- und Pensionsraub zu verbinden. Dadurch würde dem Großteil der ArbeitnehmerInnen klar, dass die Hetze gegen das AUA-Personal dem Kurs der Regierung und anderer Unternehmensleitungen (v.a. der ÖIAG) nützt. Eine gemeinsame Demonstration im Herzen Wiens unter dem Motto „Stopp Lohnraub und Jobabbau“ könnte auch dazu dienen.

Interview mit AUA Betriebsrat

Die Zeiten der Sozialpartnerschaft sind vorbei!

„Vorwärts“ interviewte Markus Populorum, Mitglied des Betriebsrat Bord (BRB), Austrian Airlines

Vorwärts: Warum steht das AUA-Flugpersonal und der Bord-Betriebsrat in einem Arbeitskampf inklusive Streik(s)?

Markus: Die Zeiten der Sozialpartnerschaft sind vorbei. Die Arbeitgeber schöpfen aus dem Vollen, bedrohen Belegschaften, kündigen Angestellte en masse, wollen ihr Personal maximal schröpfen. Dagegen muss es Widerstand geben. Streik ist die wirkungsvollste Gegenmaßnahme. Man muss den Direktoren ihre Grenzen aufzeigen.

V: Was antwortet ihr auf die in der Öffentlichkeit geäußerten Vorwürfen, die PilotInnen seien 'gierig'?

M: Wenn Direktoren sich sensationelle Gagen gönnen, und zusätzlich Prämien in Höhe eines Jahresgehalts, dann ist das angeblich ganz normal. Wenn Arbeiter auch weiterhin den Lohn haben wollen, der im Kollektivvertrag steht, dann sind sie angeblich gierig. Lächerlich!

V: 1993 gab es bereits einen Streik des AUA-Bordpersonals. Gibt es einen Zusammenhang und wo liegen die Unterschiede zu heute?

M: Zum 93er-Streik gibt es keinen direkten Zusammenhang. Der Unterschied besteht hauptsächlich darin, dass die Zeiten heute viel härter sind als damals, die Direktoren viel weniger kompromissbereit, und folglich auch die Belegschaft noch kämpferischer sein muss.

V: Der vorzeitige Abbruch der Streiks gegen den Pensionsraub im Juni hat unter vielen KollegInnen Unverständnis ausgelöst. Wie sieht ihr die Rolle des ÖGB im allgemeinen sowie bezüglich eures Kampfes?

M: Die Gewerkschaft HTV unterstützt uns in vorbildlicher Weise, sie ist uns eine große Hilfe. Der ÖGB hat das Problem eines negativen Kompetenz-Gefälles: Die "kleinen" Funktionäre sind sehr engagiert und auch ziemlich mutig. Eigenschaften, die zunehmend geringer werden, je weiter man nach oben schaut.

V: Was erwartet und plant ihr als nächstes?

M: Wir erwarten kurzfristig, dass die Geschäftsleitung hart bleiben wird, und wir über einen längeren Zeitraum Kampfmaßnahmen setzen müssen. Wir rechnen aber damit, dass der Vorstand schließlich lernt, dass man ein Unternehmen nicht erfolgreich gegen die vitalen Interessen der Arbeiter führen kann.
V: Danke für das Interview!



Im Zentrum der Angriffe. Die Belegschaft hält dagegen!

Verständnis für (Warn-)Streik geben, als uns die Medien weismachen wollen! Ein Streik ist natürlich kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, das gezielt und nur zu bestimmten Zeitpunkten eingesetzt werden soll. Die SLP ist je-

doch erst wieder eine Streikkultur aufgebaut werden. Das macht harte Auseinandersetzungen auch auf medialer Ebene unvermeidbar. Es ist unvermeidlich, dass viele Passagiere von einem Streik betroffen sind. Schuld dar-

an trägt das Management. Das muss klargemacht werden. Es sind bereits Solidaritäts-Botschaften eingegangen. Unter anderem auch von Mitgliedern der

ÖBB: AUA zeigt den Weg - mit Streiks Angriffe zurückschlagen!

GdE: Jetzt in die Offensive!

Rund 12.000 Stellen sollen, wenn es nach der Regierung geht abgebaut werden. Zentrale Herausforderung dabei: In der Vergangenheit wurden Pensionierungen, Todesfälle und Selbstkündigungen durch Mitarbeiter einfach nicht nach besetzt. Nun müsste die Regierung aktiv kündigen, um dieses Ziel zu erreichen.

VON MICHAEL GEHMACHER,
SLP GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Das Problem: Kündigungen sind besonders unpopulär. Daher bedient sich die Regierung und das ÖBB-Management einer Taktik, die schon bei der Telekom funktionierte und die jetzt verfeinert wird. Sie heißt: staatliches Mobbing! Zu erst werden Menschen, die zwangsweise in Frühpension geschickt wurden, als Sozialchamarotzer und Betrüger diffamiert. Dann erfindet die Regierung verschiedene Drohgebärden. Staatssekretär Kukacka ist sehr erfinderisch.

DIE TAKTIK DER REGIERUNG

Idee Nr. 1 eine ÖBB-Leasing Firma die „freigewordene ÖBB-Bedienstete“ in eine Pool gibt und verleast. Dieses Modell führte bei der gelben Post vor allem zu den gewünschten Selbstkündigungen. Idee Nr. 2 ÖBB-Bedienstete sind nach dem Dienstrecht der ÖBB nur unter besonderen Bedingungen kündbar. Bisher waren

sie de facto unkündbar. Nun soll dieses Gesetz geändert werden, dann wird in bestehende Verträge eingegriffen und EisenbahnerInnen werden gekündigt.

GESETZE SCHÜTZEN NICHT!

Dieser Vorschlag zeigt, dass man/frau sich auf Gesetze in einem bürgerlichen Rechtsstaat nicht verlassen kann. Gesetze sind das Ergebnis eines politischen Kräfteverhältnisses. Ist eine Gewerkschaft nicht stark genug ein gutes Gesetz zu verteidigen, wird es von den „Gesetzesmachern“ in Frage gestellt. Idee Nr. 3 eine Kopfgeldprämie. „Das Management soll durch entsprechende erfolgsabhängige Bezugsgehaltung zur Erreichung der Rationalisierungs- und Personalabbauziele motiviert werden“ heißt es dazu im aktuellen Gesetzesentwurf. Viele Eisenbahner sollen durch solche Aktionen versichert und zur Selbstkündigung gebracht werden. Anfang der 90er hatte die ÖBB noch 57.000 Bedienstete, heute



hat sie 48.000. Der massive Personalabbau hat zu einer enormen Überlastung geführt. Würden alle ÖBB-Mitarbeiter ihre ausstehenden Urlaube und ihren Zeitguthaben konsumieren, müssten sofort tausende Menschen in die ÖBB aufgenommen werden, um die Arbeit zu bewältigen. Daher wirkt das Widerstandskonzept von Wilhelm Haberzettl verlockend: „Streiks brauchen wir nicht. Dienst nach Vorschrift hat die gleiche Wirkung“ meint der GdE-Vorsitzende. Aber Streiks sind dringend notwendig. Ein Vollstreik bedeutet enorme Einkommensverluste für das Unternehmen und formiert die Belegschaft geschlossen ge-

gen Regierung und Management. Bei einem Überstundenboykot würden vor allem Züge im Nahverkehr ausfallen. Schon jetzt gibt es TriebfahrzeugführerInnen, die meinen sie wollen nur ungern für alle ÖBB-Bediensteten in die Presse springen. Jede Möglichkeit die Belegschaft zu spalten muss im Ansatz unterbunden werden! Statt halberzigen Maßnahmen sollte die Eisenbahnergewerkschaft, gemeinsam mit der AUA-Belegschaft, den LehrerInnen und anderen von den Angriffen der Regierung Betroffenen einen Kampf organisieren. Nur so kann die ÖBB gerettet und die neoliberale Lawine gestoppt werden.

Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!

Auf Initiative der SLP wurde eine branchenübergreifende und überfraktionelle Initiative gegründet. Die Streiks im Mai und Juni haben die politische Ordnung in Österreich nachhaltig verändert. Streiks sind keine unbekanntes Wesen mehr von dem niemand weiß wie sie ausschauen und funktionieren. Viele haben die Erfahrung gemacht: Streiks sind möglich! Dies wirft

brauchen und in welchen Gewerkschaften wir jetzt arbeiten. Diese Fragen haben in den bestehenden Gewerkschaftsfraktionen (vor allem bei FSG und FCG) eine ziemliche Polarisierung ausgelöst. Dazu kommt noch, dass sich einige Betriebsräte, etwa der Betriebsratsvorsitzende von Magna Graz öffentlich für einen Generalstreik aussprachen. Die neue Initiative will diese Polarisierung



natürlich bei vielen KollegInnen die Frage auf warum nicht schon früher zum Mittel des Streiks gegriffen wurde. Nach dem Streik vom 3. Juni brach die ÖGB-Spitze den Kampf ab und ließ die Betroffenen im Stich. Was wiederum die Frage aufwarf, welche Gewerkschaften wir eigentlich

aufgreifen und rund um den ÖGB-Kongress eine oppositionelle BetriebsräteInnen und GewerkschaftsktivInnenkonferenz organisieren.

Infos dazu im SLP-Büro unter
5246310 oder slp@slp.at



Streiks in Europa - Lehren für die Gewerkschaftsbewegung

Die Streiks gegen den Pensionsraub haben ein neues Kapitel in der Geschichte der österreichischen ArbeiterInnen-Bewegung aufgeschlagen. Eine Million bewiesen mit der Arbeitsniederlegung vom 3. Juni, dass auch in Österreich gestreikt werden kann. Streikdrohungen gehören mittlerweile zum Alltag. Der gegenwärtige Arbeitskampf bei den Austrian Airlines und der angekündigte Stellenabbau bei ÖBB und Post werfen wesentliche Fragen bezüglich Inhalte, Strategie und Taktik der Gewerkschaften auf. Der ÖGB kann nicht mehr hinter die Ereignisse von Mai und Juni 2003 zurück. Wir werfen einen Blick auf die Lehren aus den internationalen Streiks der vergangenen Monate.

VON LAURA RAFETSEDER,
SLP WIEN-MITTE

Die Streiks von Mai und Juni 2003 wurden von Solidarität seitens jener KollegInnen in Klein- und Mittelbetrieben begleitet, die sich nicht an den Aktionen beteiligen konnten. Weder Hagel noch strömender Regen konnte am 13. Mai 250.000 ArbeitnehmerInnen davon abhalten, ihrer Wut auf den Pensionsraub der Regierung Ausdruck zu geben. Schüssels Kabinett stand mit dem Rücken zur Wand. Dennoch verkündete ÖGB-Präsident Verzetnitsch drei Tage nach dem 3. Juni, dem mit einer Million Streikenden in 18.000 Betrieben größten Streik der Zweiten Republik, überraschend das Ende. Unverständnis meinte er: "Jetzt ist das Parlament am Zug". Ergebnis: Die Regierung Schüssel & Co. steht noch, der Pensionsraub ist zu großen Teilen durch, neue Angriffe stehen für den Herbst bevor. Was steckt hinter der Kapitulation der ÖGB-Führung? Auffällig ist, dass sich das Verhalten des ÖGB international wiederfindet.

NEOLIBERALE ANGRIFFE NICHT NUR IN ÖSTERREICH, SONDERN NAHEZU ÜBERALL!

Ob Italien, Spanien, Deutschland oder Frankreich – überall dasselbe Bild. Die neoliberalen Regierungen sind angesichts der wirtschaftlichen Krise, dem steigenden Konkurrenzdruck und der enger werdenden wirtschaftlichen Spielräume gezwungen, verschärfte Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse zu fahren.

Diese Angriffe sind ein ganzes Eck schärfer und arroganter als noch in den 1990er Jahren. Es geht ans Eingemachte: Pensionen werden um 40 % gekürzt, das Gesundheitssystem zerschlagen, privatisiert was noch zu privatisieren ist. Blair, Raffarin, Berlusconi, Schüssel, Schröder und Co. scheinen entschlossen, ihr Programm durchzuführen.

Die Antwort der ArbeitnehmerInnen darauf sind erbitterte Kämpfe bis hin zum Generalstreik. In den letzten zwei Jahren gab es Generalstreiks in Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und in der jüngst-

en Zeit die heftigen Auseinandersetzungen in Frankreich und Österreich um die Pensionskürzungen.

ARBEITERINNEN KÄMPFEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG BREMST

Diese Kämpfe zeichnen sich durch ein gemeinsames Merkmal aus: Sie stoßen viel schneller an die Systemgrenzen als zum Beispiel in den 70er, weil die entsprechenden wirtschaftlichen Spielräume nicht mehr vorhanden sind. Regierungen und Unternehmer können es sich nicht mehr leisten, Zugeständnisse zu machen. Gleichzeitig akzeptiert die Gewerkschaftsführung traditionell den Kapitalismus. Sie sieht sich als „Ordnungsmacht“ im Staat und nicht als unabhängige konsequente Organisation der Lohnabhängigen. Zur Zeit der "Sozialpartnerschaft" hatte sie alles im Griff. Nun bricht sie Kämpfe ab, sobald ihnen die Kontrolle zu entgleiten droht. Nach vierwöchigen Streiks in der osteu-



rischen Metallindustrie für die 35-Stunden-Woche wird der Streik abgebrochen. Die erste Niederlage der IG-Metall wird hingenommen, obwohl diese Niederlage keineswegs besiegelt war. Szenenwechsel nach Frankreich: Während Zehntausende ArbeiterInnen auf einer Großdemonstration in Marseille Generalstreik verlangten, forderte der Gewerkschaftsführer Bernhard Thibault (CGT) bloß Verhandlungen mit der Regierung. Immer wieder werden ArbeitnehmerInnen, die bereit sind zu kämpfen und die keine andere Wahl haben als zu streiken, von ihren Gewerkschaftsführern im Stich gelassen.

Die Regierungen sitzen anders als bei den Streikbewegungen Mitte der 90er Jahre nach wie vor fest im Sattel. Ursache ist dabei vor allem das Fehlen einer politischen Alternative. 1994 in Italien und 1995 in Frankreich wurden Berlusconi bzw. Juppé von Streikbewegungen gestürzt und in Folge durch sogenannte Mitte-Links-Regierungen ersetzt. Aber weder das Olivenbaum-Bündnis in Italien noch Jospins Koalition in Frankreich boten eine Alternative zu Sozialkürzungen, Flexibilisierung und Privatisierung. Im Gegenteil. „Rot-Grün“ in Deutschland und „Sozialdemokrat“ Blair in Britannien sind heute mit den traditionellen bürgerlichen Parteien in Sachen arbeitnehmerInnen-feindliche Politik gleich auf. In Österreich war es die Große Koalition von SPÖ/ÖVP, die damals unter Einbeziehung der Gewerkschaft Sparpakete umgesetzt hat. Diese Erfahrungen versichern weite Teile der ArbeiterInnenenschaft und der Gewerkschaftsbewegung. Was passiert, wenn eine Regierung tatsächlich von einem mächtigen Generalstreik gestürzt werden sollte? Die Gewerkschaftsführung hat kein alternatives Programm zum neoliberalen Kurs der Regierungen. Es gibt keine politische Alternative in Form von sozialistischen und echten ArbeiterInnen-Parteien. Grund dafür sind u.a. die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Stalinismus und die wirtschaftlichen Probleme des

in der Defensive. Die klassischen ArbeiterInnenparteien gingen unter diesem Druck so weit nach rechts, dass ihre Führung (Blair, Schröder, Jospin, die SPÖ in den 90er) das neoliberale Programm der Herrschenden teilweise besser umsetzte als offen bürgerliche Parteien. Unter anderem, da sie die Gewerkschaften und damit wichtige Teile der Beschäftigten stillhalten und kontrollieren konnten.

DISKUSSION UM GENERALSTREIK

Innerhalb weniger Wochen war im Zuge der Streikbewegung eine gewaltige Radikalisierung der österreichischen Gesellschaft zu beobachten. Die Forderung nach einem Generalstreik ist natürlich nicht in jeder Situation sinnvoll und sicherlich kein Allheilmittel. Im Mai und Juni 2003 jedoch war die Forderung nach einer Ausweitung zu einem Generalstreik gerechtfertigt. Am 3. Juni haben unabhängig voneinander Betriebsräte bei Brau AG, Magna Steyr und Postbus-BR-Vorsitzender Würm den Generalstreik gefordert. Sie haben damit die Stimmung in weiten Teilen der Belegschaft ausgedrückt. Ein eintägiger Generalstreik hätte vor allem Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit gegeben, sich an den Streikaktionen zu beteiligen. Es hätte Einheit und die überwältigende Ablehnung für Schüssels Pläne demonstriert und die Regierung zum Rückzug gezwungen. Er hätte darüber hinaus die österreichische ArbeiterInnenklasse darauf vorbereiten können, in Zukunft selbstbewusster zu unterschiedeneren Aktionen zu greifen.

WER HAT DIE MACHT IN DER GESELLSCHAFT?

In anderen Ländern wie Italien oder Spanien, wo es eine Tradition von eintägigen Generalstreiks gibt, zeigt sich bereits konkreter, was der übernächste Schritt sein muss. Die Gewerkschaftsführung benutzt dort das Mittel des 24-h-Generalsstreiks, um Dampf abzulassen. In Frankreich allerdings, wo es die Erfahrungen mit dem Generalstreik des Mai 1968 gibt, scheuen die Gewerkschaftsführungen jedoch sogar einen eintägigen Generalstreik. Damals führte ein eintägiger Generalstreik zu einem unbefristeten Generalstreik und dieser in Folge zu Fabrikbesetzungen. Die ArbeiterInnenklasse hatte damals die Möglichkeit, die Macht zu ergreifen. Ein Generalstreik stellt die Machtfrage: wer hat das Sagen, die ArbeiterInnen und ihre Organisationen oder das Kapital und seine Regierung? In einem unbefristeten Generalstreik entstehen zwangsläufig alternative Machtzentren durch die streikenden ArbeiterIn-

Kapitalismus seit Mitte der 1970er. Die Tatsache, dass die Perioden des Aufschwungs die Wirtschaftsabschwünge nicht mehr wettmachen konnten, hat die bedeutendsten Teile der Herrschenden zur Wende zum Neoliberalismus geführt. Der Kollaps der ehemals stalinistischen Staaten hat das beschleunigt und das Selbstvertrauen der Bürgerlichen gestärkt. Der Kapitalismus war in den 90er ideologisch in der Offensive. Sozialistische Ideen (die nichts mit dem Stalinismus zu tun hatten) und die Traditionen der ArbeiterInnenbewegung wurden verunglimpft. Weite Teile der Linken waren verwirrt, die Bewegung

nen. Sie müssen Gremien schaffen, um den Streik zu organisieren, um zu entscheiden, welche Leistungen weiter angeboten werden, um Notversorgung bereit zu stellen, um zu entscheiden, welche Produkte weiter produziert werden sollen und wie sie verteilt werden und um ein eigenes Informationssystem aufzubauen. Die Klasse beginnt ihre potentielle Macht zu spüren. In Frankreich 1968 war die kapitalistische Regierung faktisch entmachteter, Präsident de Gaulle bereits aus dem Land geflohen. ArbeiterInnen übten in vielen Fabriken durch Streikkomitees die Kontrolle aus. Ihnen fehlte eine landesweite Koordinierung und Führung, die bewusst auf die Übernahme der Macht durch die Organe der streikenden ArbeiterInnen hingearbeitet hätte. Der britische Premierminister David Lloyd George sagte 1919 zu Gewerkschaftsführern, die mit Streik drohen: "Wenn ihr eure Drohung wahr macht und streikt, werdet ihr uns besiegen. Aber wenn ihr das tut, habt ihr auch die Konsequenzen überlegt? Ein Streik wird die Regierung in die Knie zwingen, und gerade mit diesem Erfolg eine Krise der Verfassung ersten Ranges auslösen. Wenn eine Kraft im Staat entsteht die stärker als der Staat ist, muss sie darauf vorbereitet sein, die Funktionen dieses Staats zu übernehmen oder zurückstecken und die Autorität des Staats akzeptieren. Haben sie das bedacht meine Herren und wenn ja, sind sie bereit?" Wahre Worte! Die Reaktion der rechten Führer der Bergarbeitergewerkschaft war: "Von diesem Augenblick an waren wir geschlagen und das wussten wir." Heute befinden wir uns in einer anderen Situation als damals. Wegen des Fehlens einer Alternative und eines breiten sozialistischen Bewusstseins in Folge des Zusammenbruchs des Stalinismus stellt sich die Frage nach einem unbefristeten Generalstreik in Verbindung mit einer Machtübernahme durch die ArbeiterInnenklasse noch nicht unmittelbar.

WOZU SIND GEWERKSCHAFTEN EIGENTLICH DA?

Die Gewerkschaftsführung hält den bestehenden bürgerlichen Staat für das Nonplusultra und versteht sich als stützender Teil dieses Staats. Leitende ÖGB-Funktionäre waren bei den Streiks stärker damit beschäftigt, die ArbeitnehmerInnen über Details der Streikmaßnahmen möglichst im Unklaren zu halten und vor allem die Beschäftigten möglichst wenig in die Organisation des Streiks einzubinden. Verzetnitsch behauptete, ein Generalstreik komme nur in Frage "wenn die Demokratie gefährdet ist". Ist nicht ein Pensionsraub, der über die Köpfe der ArbeitnehmerInnen entschieden wird, eine Gefährdung der Demokratie? Aufgabe eines Streiks und damit der Gewerkschaften ist es, möglichst viele Beschäftigte für das gemeinsame Anliegen zusammenzubringen! Für eine solche effektive Organisation eines Streiks ist die Einbindung von Tausenden, mitunter Zigtausend AktivistInnen nötig; unter anderem, um Transparente zu gestalten, Flugblätter zu drucken und zu verteilen, um Streikposten zu organisieren, um mit den PassantInnen und anderen Streikenden zu diskutieren. Ein effektiver Streik muss die Massen einbinden. Das allerdings würde zu einer Eigendynamik führen, vor der die Gewerkschaftsbürokratie Angst hat. Dieser Widerspruch zwischen der Position der gegenwärtigen Gewerkschaftsführungen und den Notwendigkeiten zur Verteidigung sozialer Rechte wird weiter zunehmen.

SOZIALPARTNERSCHAFT: 1950 - 2000

Die Ereignisse des Mai und Juni 2003 markieren einen Bruch, der tatsächlich schon seit dem Antritt der schwarzblauen Regierung 2000 vorhanden ist: Das Ende der Sozialpartnerschaft. Auch wenn der Begriff der Sozialpartnerschaft für viele ArbeitnehmerInnen Stabilität und soziale Sicherheit bedeutet - sie hat dazu geführt, dass die Gewerkschaftsspitzen ein falsches Selbstverständnis entwickelt und der Bewegung vermittelte haben. Wer immer am Tisch der Reichen und Mächtigen mitverhandeln darf, glaubt irgendwann einmal auch, Teil der Reichen und Mächtigen zu sein. Die staatstragende Herangehensweise des ÖGB ist eng mit der Entstehungsgeschichte der Sozialpartnerschaft verbunden. Die Durchsetzung der Sozialpartnerschaft bedeutete nach 1945, dass der Aufbau des Kapitalismus gegen die "Rote Gefahr" aus dem Osten gesichert wurde. Mit der Niederschlagung des Oktoberstreiks 1950, an dem über 200.000 ArbeiterInnen beteiligt waren, wurde der Widerstand gegen die Politik der Geheimverhandlungen gebrochen und

die Entdemokratisierung des ÖGB eingeleitet und gefestigt. Der Oktoberstreik selbst wurde im nachhinein als „Putschversuch der Kommunisten“ umgeklungen. Ein Mythos, der bis heute nachwirkt. Verschwiegen wird, dass die KPÖ und die stalinistische Bürokratie in Moskau aus machtpolitischen Gründen alles andere als interessiert an einem revolutionärem Umsturz in Österreich waren. Tatsächlich hat der dominierende Teil der KPÖ der Streikbewegung durch deren Unterbrechung selbst den Boden entzogen. Der ÖGB steht seitdem fest mit beiden Beinen auf kapitalistischem Boden. Der Nachkriegsaufschwung endete Mitte der 70er Jahre. Es setzte die wirtschaftliche Depression ein, in der sich der Kapitalismus bis heute befindet. Die Zerschlagung der Verstaatlichten ab Mitte der 80er Jahre wurde vom ÖGB ohne große Gegenwehr hingenommen. In den 90er Jahren durften ÖGB-Funktionäre noch am Tisch sitzen, wenn die große Koalition ihre Sparpakete verabschiedete. Das Einbeziehen der Sozialpartner und damit der Gewerkschaften in die Sparpläne verhinderte, dass es zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen kam. Der Wechsel von Blau-Schwarz 2000 stellte die einseitige Aufkündigung der Sozialpartnerschaft von Seiten der Unternehmer dar. Sie wollen sich von alten Hindernissen lösen. Die aktuelle Wirtschaftskrise und die Turbulenzen innerhalb der Regierung erhöhte den Druck auf die selbige. Nach dem Motto „speed kills“ erhöhte sie nun Tempo und Schärfe der Angriffe. Dazu ist es nötig, die Gewerkschaften grundsätzlich anzugreifen. Die Sozialpartnerschaft ist nicht mehr existent. Die ÖGB-Spitzen wollen das nicht hinnehmen. Sie glauben immer noch, wie früher einfach an den Verhandlungstisch zurückkehren zu können, auch wenn ihnen Schlüssel die Türe vor der Nase zuschlägt.

ZEIT FÜR NEUE GEWERKSCHAFTEN

Für die ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen hat der Sozialabbau der 90er seine Spuren hinterlassen. Eine bestimmte Zeit lang glaubten viele Menschen, dass es nötig sei zu sparen und den Gürtel enger zu schnallen. Damals gab es Aussicht auf rasche Bes-



Hier fehlt noch der TEXT!!!!

serung. Heute ist diese Toleranzgrenze im Wesentlichen überschritten. Die Sparlüge zieht nicht mehr. Mit den Angriffen auf Pensions- und Gesundheitssystem rüttelt die Regierung an der Existenzgrundlage vieler KollegInnen. Das Maß ist voll. Im neuen Jahrtausend sind kämpferische Gewerkschaften notwendig, die mit dieser neuen Situation umgehen und die Interessen ihrer Mitglieder wirksam vertreten können. Die Schwäche des ÖGB liegt nach wie vor in seinen politischen und organisatorischen Strukturen, die auf sozialpartnerschaftliche Verhandlungen ausgerichtet sind und interne Demokratie und kämpferische Ansätze lähmen. Die privilegierte Funktionärsschicht des ÖGB tritt zunehmend in Widerspruch zu den KollegInnen in den Betrieben, die Angesichts der Angriffe von Seiten der Unternehmer und der Regierung keine andere Wahl haben, als zu kämpfen. Die Süddeutsche Zeitung unterstreicht in einem Kommentar diese Entwicklung: "Heute streiken und demonstrieren Menschen, denen derlei bislang wie Staatsgefährdung vorkam. Während die ÖGB Führung einen Generalstreik noch ausschließt, war dies die Parole der klatschnassen Bürger am Heldenplatz." Dieser Konflikt wird sich in Zukunft noch verstärken. Es war der Druck von Seiten der Gewerkschaftsbasis, der den ÖGB im Mai dazu gezwungen hat zu streiken. ÖGB Präsident Verzetnitsch wäre sichtlich lieber mit Wirtschaftskammerpräsident Leitl auf ein Bier gegangen als auf den Betriebsversammlungen den Streikführer zu mimen. Dieser Druck kann sich zukünftig darin äußern, dass Streiks, wie derzeit von



Hier fehlt noch der TEXT!!!!

den Beschäftigten von Heathrow Airport in Britannien, illegal und ohne offizielle Unterstützung der Gewerkschaft stattfinden, dass Teile der Gewerkschaftsführung zu Kämpfen gezwungen werden und dass es zu Abspaltungen wie im Falle der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft in Vorarlberg kommt. Was passiert, wenn in einer umkämpften Situation ein Generalstreik nicht nur von drei (wie am 3. Juni) sondern von 300 Betriebsräten gefordert werden sollte? In einer solchen Situation könnte das Bremsen eines Verzetnitsch sogar zu einer Spaltung führen.

GEÄNDERTES KRÄFTEVERHÄLTNISS INTERNATIONAL

In Britannien gibt es derzeit Ansätze zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Gewerkschaften. Dort ist es zur Wahl einer Reihe von linken Gewerkschaftsführern gegen den rechten Flügel der Gewerkschaftsführung gekommen. Die britische Sektion des CWI war zentral an der Kampagne zum Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition beteiligt. Im Juni wurden sieben Mitglieder der „Socialist Party“ in das führende Gremium der PCS (Public and Commercial Services, sechstgrößte

ntsch und Co. können mit dem Pensionsraub persönlich durchaus leben. Für die Beschäftigten wird es immer schwieriger, diese Einschnitte zu verdauen. Seit den Kämpfen im Mai ist es trotz Sommerloch zu einer Reihe von Streikdrohungen gekommen; beim Postbus, der VOEST, den ÖBB, die alle von (Voll)Privatisierungen bedroht sind. Der gegenwärtige Konflikt bei der AUA deutet die Notwendigkeiten für die gesamte Gewerkschaft an: Die Hetze gegen einzelne Berufsgruppen erfordert eine geschlossene Antwort aller. Gemeinsame Aktionen und eine Informationsoffensive, um der Propaganda von oben entgegenwirken zu können.

Wenn Tausende PostlerInnen, Flug-Personal, LehrerInnen, Eisenbahner und PostbusfahrerInnen gemeinsam gegen Lohn- und Job-Abbau demonstrieren würden, wäre das ein großer Schritt nach vorn. Wohl könnte die Stimmung unter den Beschäftigten die gegenwärtigen Gewerkschaftsführungen dazu bringen; doch für den weiteren Verlauf einer solchen Auseinandersetzung ist eine erneuerte Gewerkschaft von Nöten. Erneuert durch frische Kräfte aus den Reihen der Belegschaften - KollegInnen, die in der Praxis Widerstand leisten und das Vertrauen der anderen besitzen. Anstatt Sozialpartnerschaft brauchen wir Gewerkschafts-FunktionärInnen, die jederzeit wahl- und abwählbar sind und nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn!

FÜR EINE KÄMPFERISCHE, DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

Wir treten für den Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition ein, die mit dem Erbe der Sozialpartnerschaft bricht und für demokratische Strukturen im ÖGB kämpft. Als Schritt in diese Richtung ist die Organisation einer überbetrieblichen, branchenübergreifenden und österreichweiten Konferenz von BetriebsrätInnen, AktivistInnen, Arbeitslosen und SchülerInnen im Vorfeld des ÖGB-Kongresses geplant. Nehmen auch Sie daran teil!

Einzelgewerkschaft in Britannien) gewählt, mit 34 zu 9 Sitzen war dieser Sieg eines linken Bündnisses einer der bedeutendsten der jüngsten Vergangenheit in den britischen Gewerkschaften. Ähnliche Erfolge gab es in der UNISON, der britischen Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, und der nordirischen NIPSA.

DIE "WANDLUNG DER SOZIALDEMOKRATIE

Die endgültige Wandlung der Sozialdemokratie in den 90er Jahren zu einer bürgerlichen neoliberalen Partei hat den Einfluss des ÖGB auf die Entscheidungsgremien der Sozialpartnerschaft weitgehend ausgeschaltet. Gleichzeitig unterwirft sich die ÖGB-Führung in der Praxis den neoliberalen Rezepten der SPÖ. Die britische „Socialist Party“ führt in den britischen Gewerkschaften eine Kampagne zum Bruch der Verbindungen mit Blairs New Labour, die wie Thatcher in den 80er Jahren gegen die Gewerkschaften fährt. In Schottland gab es in der Eisenbahnergewerkschaft RMT jüngst einen Schritt in diese Richtung. Auf Druck von unten wurde bei den Wahlen die „Scottish Socialist Party“ statt New Labour unterstützt. Der Bruch der Gewerkschaften mit SPÖ und (in Bereich Öffentlicher Dienst) ÖVP wäre auch für den ÖGB die beste Medizin.

GEMEINSAME STRATEGIE DER VERSCHIEDENEN BEREICHE!

Die ÖGB Spitze akzeptiert im Prinzip die Sparlogik oder hat dieser nichts entgegenzusetzen, während der Leidensdruck seiner Mitglieder steigt. Verzet-

In den kommenden Jahren werden weitere und größere Kämpfe und Bewegungen auf uns zukommen. Damit diese Kämpfe langfristig erfolgreich sein können, ist es nötig, eine politische Alternative aufzubauen. Entgegen der offiziellen ÖGB-Doktrin waren die Streiks gegen den Pensionsraub sehr wohl politische Streiks. Daher ist all das untrennbar mit dem Aufbau einer neuen unabhängigen Partei von und für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche verbunden. Die SLP ist seit vielen Jahren aktiv, Ansätze dafür zu unterstützen, vor allem selbst für die Wiederverankerung der besten Traditionen der ArbeiterInnenbewegung einzutreten. Dazu gehört auch, die Notwendigkeit einer alternativen sozialistischen Gesellschaftsordnung anstelle des krisenbeschüttelten Kapitalismus in die praktische Arbeit einzubringen.

KRISE IM KAPITALISMUS: WER SOLL DAS BEZAHLEN?

Eine sozialistische Antwort.

Neue Broschüre der SLP
Erscheint Anfang August 2003.
Jetzt bestellen!

Infos: www.slp.at
Bestellen: 01/524 63 10
oder: slp@slp.at

Ein sozialistischer Beitrag zur Debatte über ökologische Nachhaltigkeit:

Der Kapitalismus kann nicht nachhaltig wirtschaften

In den nächsten hundert Jahren wird der Meeresspiegel voraussichtlich um einen Meter steigen - durch die Überflutungen müssten hunderte Millionen Menschen ihre Heimat verlassen, die 3%ige Verringerung von Ozon, die 1991 über den USA festgestellt wurde, wird schätzungsweise in diesem Land allein 12 Millionen zusätzliche Fälle von Hautkrebs erzeugen und den Experten, die in der menschlichen Umweltverschmutzung die Ursache für den Klimawandel und die zunehmende Häufigkeit von Naturkatastrophen sehen, wird immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt - alles Anzeichen und Auswirkungen einer größtenteils vom Menschen hervorgerufenen Umweltkrise. Dass der Kapitalismus und die bürglichen Regierungen nicht in der Lage sind dieses Problem zu lösen, beweist er uns in Form von zahlreichen Lippenbekenntnissen - doch wie weiter?

VON PETER REGNER, Broome, White Horse Press, Cambridge, 1992, S. 16).

SLP-NORD

Außer George Bush und seinen sorgfältig ausgewählten „Experten“, die für die Interessen der Ölkonzerne und anderer multinationaler Konzerne sprechen, bestreiten wenige, dass uns eine

KAPITALISMUS: ZAHLEN STATT VERMEIDEN
Das kapitalistische System ist unfähig, mit der Krise fertig zu werden: alles ist Ware - die Umwelt ebenso wie ihre Verschmut-

kaufen konnten, die ihre Quote unterschritten. Dies war möglich, weil passenderweise das Ausgangsjahr, von dem aus die Berechnungen gemacht wurden, 1990 war. Also direkt bevor die Wirtschaftskrise in der früheren Sowjetunion und Osteuropa dazu führte, dass ihr Ausstoß an Treibhausgasen um 50% fiel. Dies hieß, dass osteuropäische Staaten einen großen „Überschuss“ an Verschmutzungsrechten zum Verkaufen an die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder hatten. Weniger verschmutzt wird durch dieses System nichts, aber ein neuer, profitabler Markt wurde geschaffen.

SOZIALISMUS:

BEDÜRFNISSE STATT PROFITE

Im Rahmen des Kapitalismus, wo Profite das Ein-und-Alles sind, ist Nachhaltigkeit nicht möglich. Die Folgekosten von Produkten und Produktion (wie die Kosten von langfristig zerstörter Umwelt und Gesundheit) fließen nicht in die Produktionskosten der Industrie ein. Es gibt zwar Modelle, die diesen Ansatz versuchen, aber sie scheitern letztlich alle. Die Regierungen die sie durchsetzen sollen, sind Vertreter der Industrie, die sie treffen würden, wo halbherzige Maßnahmen gesetzt werden (z.B. Ökosteuern) werden die Kosten auf die KonsumentInnen (=die ArbeitnehmerInnen) abgewälzt. Das anarchische Marktsystem des Kapitalismus von Profiten und Konkurrenz - macht eine längerfristige Planung der Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen und auch künftiger Genera-

Die andere Seite der Medaille: Flutkatastrophe



tionen nicht möglich. Nur eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft kann das Problem lösen - wenn Bedürfnisse, nicht Profite entscheidend sind. Ein zentraler Aspekt ist die Forschung: heute werden Forschungsergebnisse geheim gehalten (Patente), anstatt sie zum Nutzen aller einzusetzen, es wird nicht miteinander, sondern gegeneinander geforscht und große Teile der Forschung sind zu Rüstungszwecken (in den USA über

tet Steigerung der Lebensqualität, und das bedeutet auch, gesunde Nahrung, gesunde Umwelt, gesunde Arbeitsbedingungen. Weil nicht Profite, sondern die Bedürfnisse der Menschheit insgesamt, das Ein-und-Alles sind, wird bei der Produktion berücksichtigt werden, welche Folgen sie für künftige Generationen hat. Echte Nachhaltigkeit ist von einer demokratisch geplanten sozialistischen Gesellschaft nicht zu trennen. Schon lange vor den Grü-

ger als Ökosteuern und der Handel mit Verschmutzungsrechten. Die SLP veröffentlicht die Broschüre „Nachhaltige Entwicklung durch wirtschaftliche Planung“ (die am Vorabend des „Weltgipfels“ in Johannesburg veröffentlicht wurde) in Kombination mit einem Beitrag zur Frage Marxismus & Ökologie. Sie analysiert die Ursachen und das Ausmaß der Umweltzerstörung auf dem ganzen Erdball, kritisiert die verschiedenen Konzepte der Grünen und fragt nach dem Weg vorwärts - ein sozialistischer Beitrag zur Debatte um ökologische Nachhaltigkeit.

ÜBER DEN AUTOR

Pete Dickenson, der Autor der Broschüre „Nachhaltige Entwicklung durch wirtschaftliche Planung“ ist Forscher und Dozent für Umweltmanagement und Osteuropäische Studien an einer Universität in Großbritannien. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der Restauration des Kapitalismus auf die Sowjetunion. Pete ist außerdem seit langem Mitglied der Socialist Party, der Sektion des CWI in England and Wales und somit der Schwesterpartei der SLP.

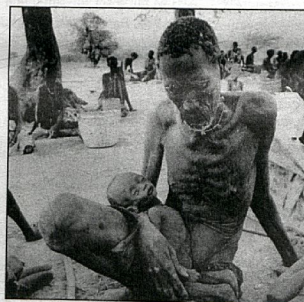


Dürre als Folge kapitalistischen Misswirtschaft!

Umweltkrise droht. Z.B. werden die 1991 in den USA gelagerten 4.900 Kubikmeter radioaktiven Abfälle noch in 100.000 Jahren gefährlich sein. Z.B. warnt ein Experte, dass „menschlich ausgelöste globale Erwärmung dann möglicherweise eine Kettenreaktion von Ereignissen auslösen könnte, die zur Auslöschung der Zivilisation oder sogar der Menschheit führen könnte. Dies ist eine sehr unwahrscheinliche Möglichkeit, aber sie besteht“ (zitiert in „Counting the Cost of Global Warming“, von J.

zung. Das Kyoto-Protokoll sollte die globale Erwärmung angehen, indem die Treibhausgas-Emissionen etwas gesenkt werden (konkret auf das Niveau von 1990, ein ohnehin bescheidenes Ziel). Aber selbst dieser winzige und billige Schritt vorwärts, der 1997, vor der Wirtschaftskrise unternommen wurde, ist inakzeptabel für die USA. Stattdessen wurde ein System von handelbaren Verschmutzungsrechten eingeführt, durch das die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Verschmutzungsrechte von Ländern

Die Folgen des globalen „Supergaus“ tragen meist die Ärmsten der Ärmsten



50%). Sozialismus bedeutet nicht - wie oft gerne behauptet - eine unendliche Steigerung der Produktion und damit der Verschmutzung. Sozialismus bedeu-

nen haben sich Marx und Engels mit Fragen der Umweltzerstörung und der Nachhaltigkeit beschäftigt. Die Lösungen die sie anbieten sind effektiver und nachhaltiger

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

- WIEN-WEST: Jeden Mi. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14
- WIEN-MARGARETEN: Jeden Do. um 19.30 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.
- WIEN-MITTE: Jeden Mittwoch um 19 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
- WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.00 Uhr "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38
- SLP-LINZ: Jeden Samstag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (Hauptplatz)
- SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN (WIEN): Treffen und Themen bitte erfragen: slp@slp.at oder (01) 524 63 10

Die SWI-Treffpunkte:

- Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
- * weitere Treffen bitte erfragen

Die SLP im Sommer:

SLP-SOMMERORTSGRUPPE:

ACHTUNG: Im Juli und August sind alle nebenstehenden Treffpunkte zusammengelegt. Ab September wieder normaler Betrieb. Theoriediskussion ab 18.00 Uhr, Thema ab 19.00 Amerlinghaus, Wien 7., Stiftg. 8 (U2, U3 Volkstheater)

- 23. Juli: Theorie: Keynesianismus: Staatsintervention und Nachfrageankurbelung als Ausweg aus der Krise?, Thema: Krise des Kapitalismus: Ist ein Kapitalismus mit menschlichem Anlitz überhaupt möglich?
- 30. Juli: Theorie: Was ist Trotzismus?, Thema: Trotzismus in Österreich
- 6. August: Theorie: Geschichte des CWI, Thema: Der Sozialismus ist international: Bericht von der CWI Sommerschulung
- 13. August: Theorie: Kein Kapitalismus ohne Rassismus, Thema: Drogen, Rassismus und eine sozialistische Antwort am Beispiel des CWI in Australien
- 20. August: Theorie: "Was ist Materialismus" - Marxistische Theorie leicht gemacht, Thema: Anarchismus versus Marxismus: historisch und aktuell
- 27. August: Theorie: Lenins Imperialismustheorie, Thema: Mit US-amerikanischen SozialistInnen gegen Bush & Anti-Amerikanismus

- SLP-LINZ jeden Mittwoch, 19.00 Uhr in der "Alten Welt" (Hauptplatz)
- SLP-SALZBURG anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn EUR 1.100,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Misswirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine neue Partei für ArbeiterInnen, Frauen und Jugendliche links von SPÖ und Grünen in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis aufbauen. Dabei werden wir für ein sozialistisches Programm eintreten.
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

Kein Kapitalismus ohne Rassismus!

Seit dem Tod von Wague Seibani steht das Thema Rassismus wieder auf der politischen Tagesordnung. Der Mauretanier starb am 15.7.2003 in Folge eines brutalen „Rettungseinsatzes“ der Wiener Rettung und der Polizei nach einer Schlägerei im Stadtpark. Doch dies war nicht der erste Vorfall vor dem Afrikadorf. Im Juni und Juli wurde zwei mal versucht das Dorf abzubrennen und die Gedenkstätte für Seibani W. wurde ebenfalls geschändet. Warum häufen sich die rassistischen Übergriffe in der letzten Zeit und wo hat der „Fremdenhass“ seine Wurzeln?

VON MARGARITA DÖLLER,
SLP WIEN NORD

Seit dem Tod von Wague Seibani steht das Thema Rassismus wieder auf der politischen Tagesordnung. Der Mauretanier starb am 15.7.2003 in Folge eines brutalen „Rettungseinsatzes“ der Wiener Rettung und der Polizei nach einer Schlägerei im Stadtpark. Doch dies war nicht der erste Vorfall vor dem Afrikadorf. Im Juni und Juli wurde zwei mal versucht das Dorf abzubrennen und die Gedenkstätte für Seibani W. wurde ebenfalls geschändet. Warum häufen sich die rassistischen Übergriffe in der letzten Zeit und wo hat der „Fremdenhass“ seine Wurzeln?

Unter Rassismus versteht man jedoch nicht nur Überfälle auf Schwarze oder AusländerInnen. Eine klare Definition wäre: Rassismus ist die Ungleichbehandlung von Menschen auf Grund von Hautfarbe, Herkunft, Abstammung, Religion etc. Das heißt also, dass Rassismus nichts „Extremes“ ist, das sich nur in Anschlägen auf so genannte Randgruppen äußert. Rassismus kennt nur Extremformen.

KEIN KAPITALISMUS OHNE RASSISMUS

Rassismus existiert seit es Klasingesellschaften gibt. Auch in der Antike, in der Sklavenhaltergesellschaft und im Feudalsystem wurden verschiedene Gruppen der Bevölkerung diskriminiert. Die Herrschenden setzen den Rassismus auch bewusst ein, um z.B. die Versklavung der Schwarzen zu rechtfertigen.

Doch die Tatsache, dass hinter dem Rassismus eine geschlossene „wissenschaftliche“ Theorie steht, die die Bevölkerung in Rassen unterteilt, entwickelte sich erst mit dem Beginn des Kapitalismus.

Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte Charles Darwin seine Evolutionstheorie. Er behauptete, dass nur das Tier, das sich am

besten an die Umwelt anpasst, überlebt. Der Franzose Gobineau und der Engländer Chamberlain legten diese Theorie dann auf die menschliche „Rasse“ um. Das Ergebnis war: „Der Stärkste überlebt und darf über die anderen herrschen“. Diese Theorien nennt man Sozialdarwinismus. Die Herrschenden nahmen nun diese Theorien zur Hand und rechtfertigten so die de facto Versklavung eines ganzen Kontinents, nämlich Afrika zur Zeit der Kolonialisierung.

RASSISMUS HEUTE

Rassismus ist heute wie damals eine politische Waffe. Auf welche Gruppe der Gesellschaft gerade losgegangen wird, hängt in erster Linie von den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen der Herrschenden ab. Als die Tschechen und Slowaken noch zu Österreich gehörten, wurden sie als „zivilisiertes Volk“ bezeichnet, zu Zeiten des Nationalsozialismus wurden sie als „minderwertige Rasse“ deklariert. Nach dem 11. September waren plötzlich alle AraberInnen TerroristInnen usw.

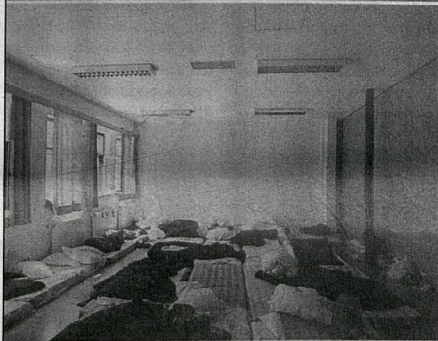
SOLIDARITÄT GEGEN RASSISMUS

Rassismus ist außerdem ein Mittel, die ArbeiterInnenklasse zu spalten. Rassistische Gesetze werden faktisch von allen etablierten Parteien unterstützt und umgesetzt. Die SPÖ/ÖVP Regierung hat angefangen das Asylrecht zu beschneiden und hat das passive Wahlrecht für AusländerInnen bei Betriebsratwahlen nicht durchgesetzt. Diese Maßnahmen und weitere ausländerfeindliche Gesetze erlauben es den UnternehmerInnen eine Gruppe der Bevölkerung stärker auszubeuten. Sie nehmen sich das Recht AusländerInnen weniger zu zahlen, weil sie ja froh sein können, dass sie überhaupt hier sein dürfen. Die Konkurrenz am Arbeitsmarkt wird größer und die Löhne der InländerInnen werden somit gedrückt.

NATIONALISMUS

In Zeiten einer Krise wird die rassistische Karte stärker ausgespielt. Warum? Weil die Menschen durch Sozialabbau und hohe Arbeitslosigkeit in die Armut getrieben werden und sich das nicht gefallen lassen wollen. Sie suchen den Schuldigen bzw. die Schuldigen und viele finden ihn, den Kapitalismus. Doch wie können sie ihn bekämpfen? Ist die Linke in dieser entscheidenden Phase zu schwach, dann fällt die rassistische Hetze einer FPÖ auf fruchtbaren Boden. Auch den anderen Parteien missfällt das nicht, denn sie fürchten die Entstehung von sozialen Kämpfen. Sie bieten der Bevölkerung andere Schuldige, die AusländerInnen. „Sie nehmen den ÖsterreicherInnen die Arbeitsplätze weg“, „AusländerInnen sind kriminell“ und „AusländerInnen kosten uns Geld“, so lauten die gängigsten Vorurteile. In Wahrheit sind die UnternehmerInnen diejenigen, die Stellenabbau betreiben und die Regierung die, die staatliche Unternehmen privatisiert und zerschlägt und somit die Arbeitsplätze nicht mehr sicherstellen kann. AusländerInnen sind auch nicht krimineller als ÖsterreicherInnen, denn die meisten Vergehen entstehen wegen den Asylbestimmungen, die unmenschlich sind. Und zum letzten Vorurteil gibt es anzumerken, dass AusländerInnen in Wirklichkeit mehr einzahlen, als sie erhalten.

Die rassistische Politik bewirkt die Unterdrückung von sozialen Kämpfen und gleichzeitig versucht sie durch nationalistiche Parolen, wie z.B.: „Österreich den Österreichern“, die Opferbereitschaft der Bevölkerung für den Staat zu erhöhen. Ein österreichischer Arbeitnehmer soll sich mehr mit einem österreichischen Unternehmer, der ihn ausbeutet, identifizieren, als mit einem ausländischen Arbeitnehmer. Doch eine Wirtschaftskrise führt nicht automatisch zu Rassismus



in der Bevölkerung. Sie legt nur die Basis für eine rassistische Politik. Erst durch politische rassistische Strategien bekommt er Massenunterstützung.

KAMPF GEGEN RASSISMUS

Anders als nach dem Tod von Omofuma 1999 mobilisierten Schwarze, d.h. die Betroffenen selber, für eine Demonstration gegen Polizeigewalt und Rassismus, an der an die 5000 Menschen teilnahmen. Die Angriffe auf das Afrikadorf veranlasste die Betroffenen dazu, selbst die Initiative zu ergreifen. Dies stellt eine qualitative Veränderung zu 1999 dar, die es in Zukunft ermöglicht gemeinsam mit den Betroffenen gegen Rassismus zu kämpfen. Bis jetzt gab es Demos von linken Organisationen, die

ihre Solidarität kundtaten. Jetzt besteht die Chance die Kämpfe zu vernetzen und gemeinsam gegen rassistische Gesetze und Diskriminierung vorzugehen.

Der Kampf gegen Rassismus muss auf zwei Ebenen geführt werden, die eng miteinander verbunden sind. Einerseits müssen wir gemeinsam gegen rassistische Gesetze, Diskriminierung kämpfen, um das Leben von AusländerInnen zu verbessern. Andererseits kann der Kampf gegen Rassismus unmöglich getrennt werden vom Kampf gegen den Kapitalismus. Erst wenn wir in einer sozialistischen Gesellschaft leben, sind die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen geschaffen, um die rassistischen Vorurteile aus den Köpfen der Leute endgültig zu verbannen.